

Inhaltsverzeichnis.

- I. Beschluß der Bürgerschaft vom 3. Juli 1907 S. 821.
 II. Mitteilung des Senats vom 5. Juli 1907:
 Antrag, betreffend schärfere Bewachung des Freihafens „ 821.

Beschluß der Bürgerschaft

vom 3. Juli 1907.

1. Neubau des Stadthauses.

Die Bürgerschaft genehmigt die Veranstaltung eines beschränkten Wettbewerbs zur Erlangung eines Planes für den Neubau des Stadthauses nach Maßgabe des vorliegenden Berichts und Programms mit der Änderung, daß die Zahl der bremischen Teilnehmer am engeren Wettbewerb, wobei auch in Bremen nicht ansässige, aber in Bremen geborene Architekten berücksichtigt werden können, von fünf auf zehn erhöht und daß jedem dieser bremischen Teilnehmer 3000 M. vergütet wird.

Sie bewilligt für die Bestreitung der Kosten des Wettbewerbs den Betrag von 60 000 M. auf den Fonds für außerordentliche Verwendungen.

2. Ausbildung des freien Platzes an der Weser zwischen Wachtstraße, Tiefer und Bospforte.

Die Bürgerschaft genehmigt den vorgelegten Plan und bewilligt die Kosten der Ausführung desselben in Höhe von 3925 M. auf das Budget der Walldeputation nach.

3. Wahl einer Kommission wegen Talstraße Vereinsstraße.

Die Bürgerschaft erwählt zu Mitgliedern der Kommission die Herren J. Rippe, S. Otten, Dr. Nielsen, Prof. Dr. Sergt, C. A. Jacobi, M. v. Thülen, C. Stichnath, W. Sachmeister und J. F. Fischer.

Mitteilung des Senats

vom 5. Juli 1907.

Antrag, betreffend schärfere Bewachung des Freihafens.

Am 15. Mai 1907 hat die Bürgerschaft folgenden Beschluß gefaßt:

„Aus Anlaß der ersten Feuersbrünste der letzten Wochen ersucht die Bürgerschaft den Senat, die Polizeidirektion und die Deputation für Häfen und Eisenbahnen mit einem schleunigen Bericht darüber zu beauftragen, ob eine verstärkte polizeiliche Bewachung des Hafenviertels sowie eine Überwachung der Beleuchtung an Bord der Baumwollschiffe und nötigenfalls eine Versorgung derselben mit elektrischer Beleuchtung ratsam ist.“

Auf Grund des dementsprechenden Auftrags des Senats und der daraufhin zwischen der Polizeidirektion und der Deputation für Häfen und Eisenbahnen gepflogenen Verhandlungen, zu denen auch die Handelskammer Stellung genommen hat, berichtet die Polizeidirektion das Folgende: